

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pl., monatlich 22 Pl., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern

Leipzig, den 31. März 1914

Anzeigenpreis: Anzeigensätze, Veranlagungs-, Vergütungsinhalte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 37

Die vierteljährlichen Bezahler des „Korrespondent“, vor allem die Nichtabonnenten, werden freundlichst ersucht, in ihrem eigenen Interesse sofort bei der Post zum nächsten Quartale bzw. zum Schluß des Monats April oder Mai eintrifft, den „Korrespondent“ sofort vierteljährlich nur 65 Pf., zweimonatlich 44 Pf., monatlich 22 Pf. Jeder Postlage muß den „Kor.“ unbedingt lesen!

Neubestellungen

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Bekanntmachung betreffs Überstundenstatistik. — In procura der Allgemeinheit? (Schluß). — Blindenvereine. — Auf der Jagd nach Stenogramm.

Korrespondenzen: Blefeld. — Darmstadt (M.M.). — Essen. — Gellenskirchen. — Hildesheim. — Kassel. — Kattowitz. — Kiel. — Leipzig. — Marienwerder. — Mühlheim (Rhein). — Oldenburg. — Weimar. — Worms. — Zwickau.

Rundschau: Meisterprüfungen. — Vom Einflusse politischer Verhältnisse auf das Buchdruckerhandwerk. — Der heilsuchende Reform. — Die Bibel der Blinden. — Streits und Ausperrungen im Jahre 1913. — Ärzte und Krankenhäuser. — Der Bergarbeiterverband im Jahre 1913. — Unternehmenskonzentration. — Terrorismus im „christlichen“ Lager. — Folgende Handwerkervereine. — Will du befehlen? — Soziale Gesichtspunkte bei der Einkommenerhebung. — Besondere Sicherung des Arbeitsvertrags in Frankreich. — Statistik der Lebensmittelpreise.

Günthener Nachtrag zum Verzeichnis der tariftreuen Druckereien.

Bekanntmachung.

Auf Beschluß der Generalversammlung in Danzig ist eine das ganze Jahr umfassende

Überstundenstatistik

aufzunehmen. Als erste Woche für die Aufnahme der Statistik kommt die Woche vom 6. bis 11. April 1914 in Betracht. Wir bitten die Druckereivertrauensleute und Funktionäre, die auf dem Fragebogen (Formular A) gestellten Fragen gewissenhaft zu beantworten und die auf diesem und den übrigen Formularen angegebenen Bestimmungen strikte zu befolgen.

Um Irrtümer zu vermeiden, diene Nachstehendes zur Erläuterung. Formular A ist allwöchentlich vom Druckereivertrauensmann auszufüllen, auch dann, wenn keine Überstunden in dem Betriebe zu verzeichnen sind, und bis spätestens am Mittwoch der nächsten Woche an den mit der Zusammenstellung des Materials betrauten Funktionär einzuliefern. Nach Eingang des Formulars A haben die damit beauftragten Funktionäre die auf diesem angegebenen Ziffern in das Formular B zu übertragen und zu addieren. Außerdem ist am Fuße des Formulars anzugeben, wieviel Kollegen am Anfange der Woche arbeitslos gemeldet waren. In der gleichfalls am Fuße des Formulars B befindlichen Rubrik: „Nicht berichtet haben“, ist die Zahl der Firmen usw. einzutragen, deren Vertrauensleute zur Berichterstattung verpflichtet sind, die Einlieferung eines Fragebogens in der betreffenden Woche aber unterlassen haben, während in der Rubrik: „Von der Statistik wurden nicht erfasst“, die Zahl der Betriebe usw. aufzuführen ist, die vom Gauvorstande laut Beschluß der Gauvorsteherkonferenz als für die Statistik nicht in Betracht kommend bezeichnet werden. Alle übrigen Firmen, aus denen Fragebogen eingefandt werden, selbst wenn keine Überstunden gemacht wurden, sind in das Formular B einzutragen und dieses mit dem Fragebogen (Formular A) wöchentlich an die Gauverwaltung einzuliefern.

Bezüglich der Berichterstattung der Gauvorstände an die Hauptverwaltung verweisen wir auf die Bestimmung am Fuße des Formulars C.

Der Verbandsvorstand.

□ In procura der Allgemeinheit? □

(Schluß.)

Es erscheint an der Zeit, dem Deutschen Buchdruckervereine die Dinge einmal in solchem Zusammenhange vor Augen zu führen. Als äußeren Anlaß nehmen wir dazu eine am 24. März in der „Zeitschrift“ erschienene größere, nicht signierte, aber nach gewissen Merkmalen auch nicht als Redaktionsartikel anzusehende Vorlesung über untre Tariffchiedsgerichte. Dieser Artikel soll uns ein andermal im speziellen beschäftigen, denn er ist so hübsch „anregend“, daß es bei dieser einen Herzenserleichterung schwerlich bewenden dürfte. Dies um so weniger, als der jetzige Aufsatz die Antwort auf einen bereits am 10. Februar erschienenen darstellt, der ausnehmend vernünftig war. Warten wir also in der Sache selbst noch ab.

In dem Artikel „Zur Kritik der Tariffchiedsgerichte“ tritt klar und deutlich die innerhalb der organisierten Prinzipalität loszufallen offizielle Anschauung zutage, der im Verbands vereinigte Gewerkschaft die ganz natürlichen Rückschlüsse aus ihrem Größenverhältnisse nicht nur zum Vorwurfe zu machen, sondern ihr auch eine gefährliche, zum mindesten aber ungünstige Beeinflussung der tariflichen Institutionen auszusprechen. Da wird geklagt, daß „bestimmte Einrichtungen Gefahr laufen, für einseitige Interessen ausgenutzt zu werden“; erfolgt der Hinweis, daß „der Richter zum Unwill wird, was namentlich auf der Gehilfenseite sehr nahe liegt“; vielbefragend kommt zum Ausdruck: „In unsern Schiedsgerichten sitzen als Gehilfenseitler ausschließlich Mitglieder des Verbandes, gesinnungsfähige Leute, denen das Wohl des Verbandes über alles geht“, und nicht minder tendenziös wird von einer gewerkschaftlichen Ausprägung der Tarifgemeinschaft gesprochen.

Wir haben im Tarife die sogar durch Sperrdruck betonte Vorchrift: „Die Tariforgane dürfen sich bei Ausübung ihrer Pflichten durch Beschlüsse oder Maßnahmen der Organisationen der Prinzipale oder Gehilfen nicht beeinflussen lassen“. Diese Bestimmung ist ein für die Tarifgemeinschaft unbedingt notwendiger Schutz. Von Prinzipalseite findet sie aber recht einseitige Auslegung. Bei jeder Gelegenheit wird damit der Gehilfenpartei demonstriert, daß dies oder das die Organisation, d. h. den Verband, gar nichts angeht, sondern Sache der Tarifgemeinschaft sei. Mit einer Peinlichkeit sondergleichen, die manchmal sogar verleidend wirkt, wird darüber gewacht, daß nur gar nicht der Verband bzw. seine Funktionäre die gezogene Respektsgrenze überschreiten. Es wäre das selbstverständlich auch nicht zu billigen. Diese penible Auffassung ist jedoch in der Prinzipalspraxis zu vernichten.

Es wäre müßig, zu untersuchen, ob die Tariffunktionäre der Prinzipale nicht mehr unter dem Einflusse ihrer Organisation stehen als die Gehilfenvertreter. In Sachen der Hilfsarbeiterlariffrage hat sich aber eklatant gezeigt, daß der Deutsche Buchdruckerverein eine der im Tarifausschusse 1906 getroffenen Vereinbarung widersprechende Haltung einnimmt, und nicht einmal erst war in der „Zeitschrift“ zu lesen, daß bezüglich des Verhaltens der Gehilfen bei Konflikten der Hilfsarbeiter innerhalb der Prinzipalität Anschauungen vertreten werden, die mit der Auffassung des Tarifamts nicht kon-

form gehen. Der Tarifvorberatungsausschuss des Deutschen Buchdruckervereins kann für seine Existenz wie seine Wirksamkeit jedenfalls auch nicht die Vertretung berechtigter Allgemeininteressen ins Feld führen. Er bildet vielmehr eine nicht zu unterschätzende Gefahr für diese. Auch die von der Prinzipalsorganisation in der Gutenbergbundfrage eingebrachte Politik wie die damit in unmittelbarem Zusammenhange stehende Unmoralität — richtiger: Aggressivität — gegen den Verband lassen die Frage aufwerfen, wie denn in diesen weittragenden Sandlungen die Prinzipalsorganisation in procura der Allgemeinheit sprechen darf. Die im ersten Artikel angeführten Zahlenverhältnisse lassen dafür sicherlich keine Berechtigung erkennen.

Wenn ein Artikelschreiber der „Zeitschrift“ mit unverkennbarer Absicht auf den Umstand verweist, daß die Gehilfenseitler der Schiedsgerichte ausschließlich Verbandsmitglieder sind, warum stellt er nicht auch Betrachtungen darüber an, daß 44 Proz. der tariftreuen Prinzipale „wenn auch nicht bestimmungsgemäß, so doch tatsächlich“ von der Mitwirkung in den Institutionen der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen sind? Sind die aus den 56 Proz. organisierten Prinzipalen sich rekrutierenden Tariffunktionäre nicht ebenso „gesinnungsfähige Leute“ wie die in gleicher Anzahl von den 90 Proz. Verbandsmitgliedern in die Tariforgane entsandenen Vertreter der Gehilfen? Ob wohl unter den nahezu 1000 in allen gewerblichen Einrichtungen tätigen Prinzipalen sich auch Nichtmitglieder des Deutschen Buchdruckervereins befinden? Besteht da nicht vielmehr die Gefahr ihrer Ausnutzung „für einseitige Interessen“?

In Nr. 7 der „Zeitschrift“ befand sich ein eingeleiteter Artikel „Organisationsbetrachtungen“, der namentlich bezüglich der Anlichten über den Preistarif nicht die Zustimmung der Redaktion fand. Wenn auch wir nicht die Ansicht: „Unser Preistarif ist ein verunglücktes Experiment“, glatt unterschreiben, so sind ähnliche Behauptungen doch schon so häufig von Prinzipalseite zu hören gewesen, daß das berühmte Körnchen Wahrheit nicht gar so klein sein kann. Die Ursachen der Schwierigkeiten mit der Durchsetzung des Preistarifs sind ja auch bekannt. Das etwas unhöflich klingende, aber in unsrer Zeit der wirtschaftlichen Konzentration sich nun einmal bewahrheitende Wort: „Die Großen fressen die Kleinen“, befragt alles. In dem angezogenen Artikel, der auch (weniger belangreiche) Vorwürfe gegen die Gehilfenseite enthält, kann man in bezug auf den Prinzipalsverein noch lesen: „Als eine Organisation zu einer solchen Leistung nicht fähig, so kann sie wohl durch die von allen Seiten drohende und heranrückende Gefahr zusammengehalten werden, aber betreibend, schöpferisch kann sie nicht wirken.“ Wenn dem so wäre, dann möchte man meinen, der Deutsche Buchdruckerverein suche durch eine gewisse äußere Forcierung nach der Gehilfenseite weitzumachen, was ihm auf dem eigenen Gebiete zu leisten aus sofanen Gründen verlag bleibt.

Darum wohl auch die Annahme eines gewissen Aufsichtsrechts über den weit größeren Gehilfenverband und dessen Organ, deshalb die Verallgemeinerung kleinlicher Gehilfenverletzungen in der „Zeitschrift“ wie das eigenmächtige Ausstreichen nach den Faktoren, das sich neulich schon in einer recht bezeichnenden Weise gezeigt hat und in der Nummer vom 27. März als eine „äußerst wichtige und sehr dringliche An-

Gelegenheit“ bezeichnet wird. Der in letztem Falle zum Worte kommende Einsender gehört nach seiner eigenen Angabe mit Leib und Seele der Tarifgemeinschaft an. Wenn ein solcher Prinzipal sogar dafür eifrig Stimmung macht, die Faktoren aus dem Verbande heraus- und der Prinzipalkasse zuzuführen, die Notwendigkeit einer dahingehenden Agitation betont und rasches Handeln fordert, dann ist das nicht eine Angelegenheit der Faktoren allein, sondern auch der Verband hat, wie wir im November v. J. bei Besprechung der Berliner Faktorenversammlung bereits ausgeführt, ein erstes Wort mitzureden. Die Legitimation des Deutschen Buchdruckervereins zu einem solchen Vorgehen ist aber auch in diesem Falle nicht anzuerkennen. Angenommen, die Faktoren wären in ihrer großen Mehrzahl in der Prinzipalkasse und der Verband wollte sie zu sich herüberziehen, würde man da nicht allzu sanft von „Gehilfenanmaßung“ sprechen?

Zu dem manchmal komisch wirkenden Aufstrumpfen gegen den Verband steht das Gebuldspiel mit dem Gutenbergsbunde, wechselt mit Lieblingen und ganz offenkundigem Nachgeben gegenüber diesem so süßenreinen „Vertragskontrahenten“, in völliger Gegensätze. Der Verband kann sich gewiß über solche Schlipfränge freuen, aber diese Konstellationen sind notwendig, weil wir auch daraus wieder glauben folgern zu können, daß die Prinzipalsallgemeinheit mit einer derartigen Behandlung der so ungleichen Gehilfenorganisationen nicht einverstanden ist.

Um noch ein Beispiel anzuführen, wie man für Handlungen einzelner Gehilfen gleich das Ganze resp. den Verband verantwortlich macht, andererseits aber von Prinzipalsgruppen Dinge geschieht, die schärfere Verurteilung finden müßten, meistens aber gar nicht erwähnt oder gerügt werden, wollen wir eine am 17. März in der „Zeitschrift“ erschienene Notiz „Gehilfenanmaßung“ nennen. Darin wird der Konditionsbrief eines Gehilfen kritisiert, welcher mehrdumm als hochfahrend ist, was er ja sein soll. Wenn jemand 28 oder 29 Mk. ohne nähere Angaben über sich zu machen für einen lokalzuschlagsfreien Ort fordert, dabei aber dauernde Stellung zum Muß macht, und dann erhaben bemerkt: „Sollten Sie diesen meinen Ansprüchen genügen, steht meinem Eintritt in Ihrem Geschäft nichts entgegen“, so sind es die Nebenumstände, die ein solches Schreiben wie von uns gesehen charakterisieren, die Lohnforderung an sich nicht. An der in der „Zeitschrift“ gewählten Stichmarke wird aber eine derartige Einzelsache bei den Gehilfen verallgemeinernde Tendenz ersichtlich. Dieses Vorkommnis gibt gar keine Berechtigung, schlankweg von „Gehilfenanmaßung“ zu sprechen. Wir haben vom „Korr.“ die letzten zwei Jahrgänge durchgesehen und da manches Prinzipalsinferat oder -schreiben an stellungsuchende Gehilfen entdeckt, das die schärfste Kritik herausfordert, aber niemals ist so etwas der Allgemeinheit der Prinzipale zur Last gelegt worden. Das Tollste war die Anzeige, wodurch ein Monosinischer „einigermaßen anständigen Charakters“ gesucht wurde. Solche Flegelerei wird verurteilt, aber nicht verallgemeinert. Wobei übrigens der Deutsche Buchdruckerverein gegenüber dem Verband immer noch besser fortkommen würde, denn man kann ihm ja nicht, wie uns jeden Gehilfen, jedweden sündhaften Prinzipal an die Rockschöße hängen.

Der in diesem Falle sein Herz in der „Zeitschrift“ ausschüttende Prinzipal hat augenscheinlich seinen größten Kummer darüber, daß der Gehilfe mit seinem naiv-hochgemuten Bewerbungsschreiben den Staffeltarif ignoriert. Eine Verpflückung auf den Staffeltarif gibt es aber ebensowenig, wie eine Vorschrift, daß nur das Minimum (für die höchste Altersklasse) bei Einstellungen zu bezahlen sei, einen Stützpunkt im Tarife finden könnte. Beides geschieht aber in Hamburg. Der dortige Prinzipalsverein montierte in procura der Allgemeinheit in der einen Versammlung (21. November 1913):

Unter „Tarifliches“ wird darüber Klage geführt, daß ein früherer Beschluß des Bezirksvereins, wonach das vom Arbeitsnachweise zugewiesene Personal, soweit es sich nicht um Spezialarbeiter handelt, zum Minimum eingestellt werden soll, nicht allgemein beachtet wird.

Diesen früheren Beschluß haben wir schon einmal als tarifwidrig bezeichnet. Daß er trotz nicht nur im

„Korr.“ erfolgter Kritik dennoch weiter besteht, ist eine Ungehörigkeit sondergleichen, die wir kennzeichnen müssen. Es darf ein solcher Beschluß ja überhaupt nicht gefaßt werden. Da der im vorausgehenden zitierte Artikel der „Zeitschrift“ über die Kritik der Tarifschiedsgerichte auch unverblümt durchblicken läßt, daß in den Versammlungen des Verbandes dem Geiste des Tarifs widersprechende Einwirkungen auf Gehilfenfunktionäre stattfinden, so kann nichts Schlagender beweisen, was in den Prinzipalsversammlungen getrieben wird, als dieser Hamburger Fall.

Er hat aber noch ein Seitenstück in bezug auf den Staffeltarif. Gleichfalls in Hamburg ist am 29. Januar d. J. in einer Prinzipalsversammlung zum Ausdruck gebracht worden, es sei eine Ungerechtigkeit gegen das Stammpersonal, wenn bei Neueinstellungen vielfach den Gehilfen der jüngsten Klasse, die besondere Leistungen nicht nachweisen können, sogleich der Lohn der ältesten Gehilfenklasse bezahlt werde. Mit der Ungerechtigkeit gegen das Stammpersonal wird es wohl nicht so ernst gemeint sein. Es ist vielmehr die Annahme berechtigt, daß man dem Stammpersonal auch nur das Minimum der Klasse C bezahlt und deshalb darauf dringt, daß jüngere Gehilfen streng nach dem Staffeltarif bezahlt werden. Die in Nr. 22 der „Zeitschrift“ scharf vorgenommene „Gehilfenanmaßung“, daß ein Gehilfe, der möglicherweise noch zu den zwei untersten Altersklassen zählt, 50 Pf. resp. 1,50 Mk. über das Minimum der Klasse C forderte, besteht wohl auch nur darin, daß unter den Gehilfen die Meinung noch nicht ausgeforscht ist — erfreulicherweise sehen wir hinzu —, daß das Minimum nun einmal die niedrigste Bezahlung ist. Wie wir erst in den letzten Tagen in Erfahrung brachten, sind in zwei kleinen Druckorten Thüringens drei Kollegen zur Entlassung gekommen, weil „zu alt“; einer nach zwanzig, zwei nach je zehnjähriger Beschäftigung. In kleinen Provinzstädten ist es schwer, meistens sogar unmöglich für solche Kollegen, am Orte wieder Stellung zu erhalten. Die jüngsten und am minimalisten bezahlten Gehilfen aber, denen eine tüchtige Wanderzeit alles andre denn Schaden würde, läßt man weiter arbeiten. Wenn jüngere Kollegen entsprechend ihren Leistungen auf höhere Bezahlung dringen, so ist das wirklich kein Verbrechen; es zeugt auch von kollegialer Rücksicht auf die älteren Gehilfen. Verlangen kann das aber niemand von ihnen. Wehe auch dem Ortsvereine des Verbandes, der in seinen Versammlungen einmal beschließen wollte, daß die Mitglieder nicht zum Minimum A, B oder C arbeiten dürfen! Man könnte in der „Zeitschrift“ oder auf anderem Wege sein blaues Wunder über diese „Gehilfenanmaßung“ erleben. Die Prinzipale jedoch — daß die Hamburger es allein sein sollten, wäre zu bezweifeln — lassen solche Beschlüsse in aller Seelenruhe. Und unter welsch geringer Bezahlung mifuntet? Das bildet aber gar keinen Hinderungsgrund, sondern munter und selbstherrlich wird in procura dekretiert. Von einer „Mala fides auf Seiten der Gehilfenorganisationen“ — der Mehrheitsfall hier ist nur unschreibende Floskel für Verband — wird aber direkt oder indirekt ohne Bedenken gesprochen. Auch der Verfasser der „Organisationsbetrachtungen“ (Nr. 7 der „Zeitschrift“) vermag nicht darauf zu verzichten.

Schließlich ist es mit der Bestimmung erzeugenden Zeitschlages von einer „gewissen Tarifmüdigkeit“ bei den Prinzipalen ebenfalls so: Man suggeriert sie sich entweder selbst im kleinen Kreise der ständigen Versammlungsbesucher oder läßt sie sich von arbeitgeberverbändlicher Leskäre impudieren. Wir verkennen keineswegs, daß seit Jahren sich Symptome in den Kreisen unvter Prinzipalität zeigen, die allerdings auf eine gewisse Tarifmüdigkeit rückschließen lassen. Durch die Gründung des Arbeitgeberverbandes und die mit allen Mitteln von dieser Seite und dem bündlerischen Geschäftsfreunde betriebene Unterminierung der Tarifgemeinschaft ist das fast unausbleiblich geworden. Auch werden in jede Sache, die gewissermaßen ihren Höhepunkt erreicht hat, solche Tendenzen hineingetragen werden können. Derartige Erscheinungen vermögen aber nur dann einen größeren Anfang anzunehmen, wenn weitere Kreise ihnen erliegen, anstatt selbstbewußt ihnen zu wehren.

Der Arbeitgeberverband hat ganz planmäßig eine Katastrophensituation vorbereitet, und durch seinen Moniteur gibt er zu erkennen, daß sich in diesem frühen Wasser gut fischen läßt.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß der Deutsche Buchdruckerverein diesen zersetzenden Einflüssen nicht mit der nötigen Kraft entgegenzuwirken vermag. Wenn in Berlin seit einigen Jahren eine sogenannte Freie Vereinigung mit einem besondern Vorstand und einem eignen Organe („Mitteilungen“) innerhalb der Prinzipalsorganisation existieren darf, dann sind die Dinge weit gediehen. Da nun der Verfasser der Einfindung in der neusten Nummer der „Zeitschrift“ sogar fragt, ob die Vorstandsmitglieder des Verbandes oder die Redakteure des „Korr.“ es für so unmöglich halten, daß die radikalen Elemente in der Gehilfenschaft einmal die Oberhand gewinnen und der Prinzipalität den Kampf aufzwingen, so klingt das angesichts der geschilderten Zustände in der Prinzipalsorganisation geradezu paradox. In einer Gewerkschaft können sich destruktive Elemente in dieser Weise schwerlich breitmachen. Der Deutsche Buchdruckerverein aber glaubt dieser Zeiten-Trübsal am besten zu begegnen, indem er die in ganz andern Umständen begründete, zunehmende Unzufriedenheit einfach gegen den Verband gelenkt. Diese Taktik wird, wie wir bestimmt wissen, in den Reihen der Prinzipalität keineswegs allgemein aufgegeben.

Wer sich Zwitterbildungen vom Leibe hält, Sonderbündeleien verhindert oder bei Bestehen solcher sie unerschrocken bekämpft, die aufsteigende Linie trotz aller Wirr- und Sindernisse beizubehalten und sich größer und kräftiger zu entfalten vermag, der ist besorgt, in procura der Allgemeinheit zu sprechen. Und doch wird er besonnen und verantwortungsbewußt nur weifen Gebrauch davon machen. Daraus möge man die nötige Außenwendung ziehen und durch gefällige Erinnerung an das Sprichwort vom Splittler und Balken den kritischen Drang mehr beäthmen. Es wäre nur selbstdienlich!

□ Bündlerische Vertragstreue □

... die Agitation für den Gutenbergsbund nur durch Mitglieder des Bundes und innerhalb des Gewerbes betreiben läßt.

Dies die dritte Hauptbedingung, die der Deutsche Buchdruckerverein im Jahre 1909 von dem Gutenbergsbunde verlangte, bevor er den besondern Haftungsvertrag mit ihm abschloß. Nach wiederholten Verhandlungen gab der Bundesvorstand der Prinzipalsleitung auch diese Zusicherung „schriftlich und in bindender Form“. Man weiß, daß diese Vertragsposition vom Bund ebensowenig gehalten worden ist als die zwei ersten: volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit von den christlichen Gewerkschaften, selbständige Behandlung aller tariflichen und gewerkschaftlichen Fragen. Der Deutsche Buchdruckerverein, der sonst fast auf seinem Schein besteht, hat sich vom Gutenbergsbunde direkt verhöhnen lassen mit der Erfüllung der drei Voraussetzungen jenes Vertragsabschlusses. Der Bund piff, der schühenden Hand vieleremögter Profektoren innerhalb und außerhalb der Prinzipalität wohl bewußt, einfach auf seine vertraglichen Pflichten.

Im geheimen oder auch ganz öffentlich setzte sich der christlich-gewerkschaftliche Agitationsapparat für ihn in Bewegung. Später wurden Tarifgemeinschaft und auch die Tariforgane verhöhnt, selbst der Deutsche Buchdruckerverein bekam einige Puffe ab, bis zu Ende vergangenen Jahres den Gutenbergsbund endlich die gerechte Strafe erteilte — man kam ihm entgegen und gab ihm Zusicherungen für 1916! „Schreiet wir!“ sagen die Agrarier. Der Gutenbergsbund land Gefallen an dieser Parole; doch sie war ihm noch nicht zugkräftig genug, also erweiterte er sie in: „und verleumden wir!“. In diesem Zeichen mußte er ja liegen!

Etwas war aber doch der Sägellosgkeit des Gutenbergsbundes Einhalt zu gebieten. Die wilden Attacken auf die Tariforgane konnte der prinzipalsseitige Vertragskontrahent nicht so weiser toben und dem Verband allein überlassen, das demagogische Treiben des Bundes zu kennzeichnen und zurückzuweisen. Es war um so mehr notwendig, die „christliche“ Verdächtigungskampagne zu unterbinden, als die dem Gutenbergsbund in der Tarifauschüßung 1913 erteilte Deklaration auch für die Rat gewesen war. Also verlangte der Deutsche Buchdruckerverein im November v. J. bei den mit der Bundesleitung genannten Rücksprachen, daß künftige Erörterungen über die Tarifgemeinschaft nur innerhalb des Gewerbes stattfinden dürfen. Die Bundesvertreter gaben eine solche Erklärung ab und haben sie äußerlich bis jetzt auch gehalten. Ob die Bureauwände der christlichen Gewerkschaftsfragen aber nicht mehr gehört haben, ist eine komplizierte Frage.

Um so fester hält man sich in dieser Zeit notgezwungener Enthaltsamkeit an einer andern christlichen Kammer: die Hilfe der christlichen Gewerkschaften für den Gutenbergsbund bei der Agitation wird härter denn je

in Anspruch genommen. Der Satzungsvertrag mit dem Deutschen Buchdruckervereine verhielt das zwar nach wie vor — aber es hat ja schon solange kein Satz danach geglaubt! Aus allerneuester Zeit ist uns ein Dokument zugegangen, das in klassischer Deutlichkeit die „Selbstständigkeit“ des Gutenbergbundes wie die starke Agitationshilfe der Christlichen für ihn zeigt. Man lese nur folgendes, auf der Schreibmaschine hergestellte Zirkular:

Düsseldorf, den 13. März 1914.

Sehr geehrter Kollege!

Wir gestatten uns, Ihnen anbei ein Flugblatt des Gutenbergbundes zu überreichen. Gleichzeitig laden wir hiermit zu einer am Sonntag, dem 15. März, vormittags 11 Uhr, im „Paulshaus“ stattfindenden Versammlung ein.

Es ist uns bekannt, daß Sie in politischer und religiöser Beziehung sich nicht mit den Zielen der Sozialdemokratie einverstanden erklären, aber doch Mitglied des Buchdruckerverbandes sind. Dieser Verband muß genau so wie alle übrigen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Verbände als sozialdemokratisch angesehen werden. Seine Tätigkeit und sein Verhalten befristet das.

Für Buchdrucker, welche auf Grund ihrer Anschauung keinem sozialdemokratischen Verband angehören und dadurch die Sozialdemokratie unterstützen wollen, haben wir seit einer Reihe von Jahren auch eine Organisation, den Gutenbergbund. Der Gutenbergbund ist praktisch heute im Buchdruckgewerbe nicht mehr auszuscheiden. Die Gefahr, die früher vorgelegen hat, ohne Zugehörigkeit zum Verbands keine Stellung zu bekommen, liegt heute nicht mehr vor. In seinen Unterstützungs- und Kassenverhältnissen ist der Gutenbergbund dem Verbands gleichwertig, ja zum Teil noch überlegen. Den übertretenden Verbandsmitgliedern werden die gezahlten Beiträge verrechnet.

Wenn Sie die Versammlung am Sonntag besuchen, dann werden Sie finden, daß der Gutenbergbund doch etwas ganz anderes ist, als wie er Ihnen bisher dargestellt wurde. Es wird Ihnen dann auch klar werden, warum bisher der Verband den größten Wert darauf gelegt hat, daß seine Mitglieder den Gutenbergbund aus eigener Anschauung nicht kennen lernen. Es ist Ihnen selbstredend unbenommen, in der Versammlung Ihre Bedenken und Ansichten zum Ausdruck zu bringen, weil wir bei Ihnen voraussetzen, daß Sie es eventuell so tun werden, wie es unter wohl-erzogenen Menschen üblich ist.

Mit kollegialem Gruß!

Der Vorstand

des christlichen Gewerkschaftskartells.

Wir haben also seit Jahren eine christliche Buchdruckerorganisation. Wir rühnen die Werbetrommel für den Gutenbergbund, der doch etwas ganz anderes ist als der „sozialdemokratische“ Verband. Wir können auch versichern, daß übertretenden Verbandsmitgliedern die Beiträge voll angerechnet werden. Wir laden ferner zu einer Versammlung ein, in der sich jeder betheiligen lassen kann zum alleinstimmig beschlossenen Bund. Aber wie „wohlgezogene Menschen“ muß sich ein jeder dabei benehmen. Was mag sich danach alles schon abgespielt haben in solchen „christlichen“ Versammlungen! Man versuche einmal dieses Agitationszirkular mit der als Motto erwähnten Verpflichtung des Gutenbergbundes in Einklang zu bringen — da müssen selbst die Treulichen Demagogentüme verlangen.

Was extra noch gesagt werden muß: Nicht nur der christliche Kartellvorstand in Düsseldorf vertritt das bündlerische Flugblatt über die Reghäuser-Kohl-Broschüre, sondern aus andern Orten noch wird uns über eine solche Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften berichtet. Auch katholische Arbeitervereine beteiligen sich an diesem Liebeswerke für den Bund. Der von Verbandsinteressen übersehene Herr Kohl könnte nun nachgerade einsehen, was er mit seiner Selbstentgerichtet hat. Die Zuschriften unserer Verbände aus den „verschulden“ Gegenden sprechen allgemein von großen Schwierigkeiten, die ihnen durch dieses Pamphlet entstehen. Bei einer so hochwichtigen Gelegenheit, Zutrittsdienste für den Gutenbergbund zu verrichten, muß natürlich der Satzungsvertrag mit dem Deutschen Buchdruckervereine vollständig in Scherben gehen.

Aber nicht nur christliche Gewerkschaftskartelle sorgen dafür, daß die Vertragsfreue des alten ehrlichen Gutenbergbundes einer gerichtslosen Hölle vergleichbar erscheint, sondern sogar das christliche „Zentralblatt“ hat im Januar d. J. in der Wir-Rebe erklärt, man werde für die Rechte der Bündler (in der Tarifgemeinschaft) „in jeder Weise mit allem Nachdruck“ eintreten. Diese Zuschriften haben ein ausgeprägtes Talent, die Vertragsfähigkeit der christlichen Gewerkschaften stark anzuweisen zu lassen.

Der Gutenbergbund selbst kümmert sich erst recht den Teufel um ein beschriebenes Stück Papier, so man Vertrag nennt. Im Nr. 12 und bei einer späteren Gelegenheit noch einmal sollen wir mit, daß der Bund auch weiterhin Einrichtungen der katholischen Kirche für seine Agitationszwecke in Anspruch nimmt. Eine andre Flugblatt als die von Reghäuser und Kohl inhaltlich befristete lag nämlich vor einigen Monaten der katholischen Präsidialkorrespondenz bei. Daß dies nur auf Veranlassung des Gutenbergbundes geschehen sein kann, dafür bürgt das so beredte Schweigen des „Tsp.“ über diesen Fall, obwohl er doch sonst — wenigstens angeblich — alles zu entkräften vermag, was gegen den Bund vorgebracht wird.

Des Gutenbergbundes bisherige Vertragsfreue berechtigt also zu der Annahme, daß es mit dem Brückieren seines Kontrahenten noch schimmernd wird. Ob er glaubt, nur auf diese eigenartige Weise seine Chancen weiter steigern zu können? Galt möchte man es glauben. Dann allerdings wandern Treu und Glauben in die Zeugnisse.

„Auf der Jagd nach Konkurs“

Im Nr. 30 machte ein Kollege unter dieser Überschrift seinem geprehten Herzen Luft, daß seine Bemühungen nach einer andern Stellung trotz Inerterens in den verschiedensten Fachblättern gar nicht glücken wollten. Da es sich um einen Seherfaktor handelt, war schon anzunehmen, daß besondere Gründe vorliegen mußten. Sie konnten persönlicher, aber auch geschäftlicher Natur sein.

Um über die persönliche Seite Gewißheit zu bekommen, wandten wir uns an die Vorstände der Mitgliedschaften, wo der Einfender zuletzt tätig war. Die Auskunft konnte gar nicht günstiger ausfallen. Da wir darin auch eine gewisse Gewähr für die sachlichen Angaben in dem Artikel des solchermassen gelobten Kollegen erblicken durften, erst in der letzten Zeit uns auch von andern Orten Klagen zugegangen, daß das Erkundigungswesen bei den Prinzipalen rigoros gehandhabt wird, und im vergangenen Jahr ein Artikelredakteur der „Zeitschrift“ den Prinzipalen deutlich zu verstehen gab, sie sollten nur nicht über die Auskunftserteilung der Gehilfen so herfallen, denn man sitze ja selbst im Glashause, so trugen wir nach alledem keine Bedenken, der Einfindung Aufnahme zu gewähren. Die Prinzipale sind ja bekanntlich mit ihrer Kritik der Gehilfen schnell fertig und gar nicht zimperlich. Und was nicht von den Prinzipalen allein auf dem Auskunfts- und Referenzgebiete geschieht, daß auch Geschäftsführer eine ganz böse Rolle dabei spielen können, das muß man mit Schrecken in dieser Nummer aus Eilen lesen.

In dem Falle nun, der dem angezogenen Artikel zur eigentlichen Grundlage dient, ist der Sachverhalt aber doch etwas anders, wie der prätere und deshalb in seinen Ausführungen von uns auch etwas abgedämpfte Ankläger es darstellt. Die Firma war in dem Artikel nicht genannt und soll auch jetzt nicht namentlich angeführt werden.

Zwischen Personal und Geschäftsleitung fanden im Anschluß an gedachte Veröffentlichungen Besprechungen und im weitern eine Druckereiverammlung statt, worüber uns eine Einfindung vorliegt, die wir aber nur zur Unterlage dieser Darlegungen machen wollen, da uns beide Teile nicht die nötige Ruhe zu belhien scheinen, eine solche Sache in diesem Stadium öffentlich zu behandeln. Die Verhältnisse bei dieser Firma werden als gute bezeichnet. Als Zentralschreiber ist ein bedeutend bildlicher als viele andre dieser Gattung. Ferien sind auch eingeführt. Doch nimmt der ehemalige Seherfaktor das Verdienst, den Anstoß dazu gegeben zu haben, für sich in Anspruch.

Es war nicht zu umgehen, daß wir uns noch einmal mit beiden Parteien ins Benehmen setzten, wonach wir wohl annehmen müssen, daß der aus jener Druckerei Geschiedene ein tüchtiger Kollege und energischer Verfechter des Rechts, aber auch eine explosive Natur ist, sich dabei verhaat und dann über solche Vorgänge außerhalb des Geschäfts unbilligerweise redet. Die Zusammenstöße mit dem Geschäftsführer zeigen die bei erregbaren Menschen vielfach zu vermiffende Konsequenz. Das Personal aber scheint erst nach dem Ausscheiden des Seherfaktors Schwächen an ihm entdecken zu haben, so daß er jetzt in einem andern Bild erscheint als bei seinem Abgange. Daß da nun von beiden Seiten Übertreibungen vorkommen, ist begrifflich.

Im Kernpunkte liegt die Sache folgendermaßen: Die betreffende Firma hat über den Artikelredakteur auf ergangene Anfrage eine Auskunft erteilt, die man ohne weiteres als schädigend für jemand ansehen muß, der sich als Faktor um anderweite Stellung bewirbt. Dieses Moment war für uns auch von ausschlaggebender Bedeutung. In seinem Artikel bemerkt zwar Einfender, daß eine ihm bekannte Firma auf seinen Wunsch sich über ihn erkundigte und dann eine solche Auskunft erhielt. Es hat sich aber nun herausgestellt, daß die Anfrage so gehalten war, daß die erteilte Antwort eigentlich nicht befremden kann. Das müssen wir erklären nach zunehmiger Kenntnisnahme der Anfrage. Ob diese Fragestellung von dem Artikelredakteur selbst stammt, wissen wir nicht, jedenfalls aber verschiebt sich dadurch das Bild wesentlich. In der Druckereiverammlung wurde auch eine einige Tage darauf von der Firma über den Betroffenen erteilte gute Auskunft versehen. Hier fehlten eben die Voraussetzungen zu einer Auskunft wie in dem andern Falle. Damit ist auch die Firma von dem ihr gemachten Vorwurf entlastet. Der Artikelredakteur hat also seiner Verärgerung zu lebhaften Ausdruck gegeben. Da er sonst schon viel durchgemacht hat, mag das als Entschuldigung dienen.

Wir wollen nach Klarstellung des Hauptpunktes von weiterem absehen, müssen jedoch dringend eruchen, in allen Fällen, wenn im „Korr.“ etwas gerügt werden soll, immer nur den nackten Tatbestand sprechen und nicht persönliche Empfindungen überwiegen zu lassen. Die Notwendigkeit, gewisse Erklärungen aufmerksam zu verfolgen, ist einleitend dargelegt; wir nützen unsrer Sache aber nur durch größte Objektivität. Damit hat sich dieser Vorfall für den „Korr.“ erledigt.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

D. Bielefeld. (Vierteljahrsbericht.) In der am 10. Januar stattgehabten Generalversammlung wurden zwei Aufnahmen vollzogen. Nach der Wahl der Funktionäre des Ortsvereins erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Hierauf erfolgte die Aufstellung der Kandidaten zum Bezirksvorstande, woran anschließend Bezirksvorsitzender Lenk den Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz gab. Hierauf beschäftigte man sich noch mit dem Gaufrage. — Nach Erledigung interner Angelegenheiten in der Versammlung am

7. Februar gab Kassierer Holz den Kassenbericht. Für prompte Kassenführung wurde ihm einstimmig Decharge erteilt. Sodann erfolgte die Wahl eines Kartelldelegierten. Unter Punkt „Tarifliches“ erläuterte Gehilfenentscheidungs-vorsitzender Ernst einige der letzten Tarifmassenscheide, woran sich eine rege Diskussion schloß. Sämtliche Entschiede sollen, soweit sie noch zu haben sind, den Ver-trauensleuten auf Kosten der Ortskasse zugestellt werden. — In der am 8. März abgehaltenen Versammlung gab Vor-sitzender Lenk unter „Bereinsmitteilungen“ u. a. Kenntnis von der erschienenen Broschüre Reghäuser-Kohl, die jetzt vom „Synograph“ und den christlichen Gewerkschaften nachfolgenden Blättern gegen den Verband und seine Funktionäre benutzt werde. Aber die hauptsächlichsten Punkte beim Tarifschluß unserer österrheinischen Kollegen berichtete kurz Kollege Böhner. Sodann referierte Kollege Flacker über „Der Graphische Gesangverein als kollegiales Bindemittel“ und erntete allgemeinen Beifall. Eine rege Diskussion schloß sich dem an. Hauptsächlich wird dem Graphischen Gesangvereine nun eine größere Unterstützung zuteil, zumal er sich stets in den Dienst der Kollegen-schaft stellt. Ein interessantes Bild bot die im Jahre 1913 ausgenommene Arbeiterstatistik. Von 18 Wähler-reien, in denen etwa 380 Kollegen beschäftigt werden, wurden insgesamt 2356 1/2 Arbeiterstunden geleistet. Danach hätten fast neun Kollegen ein ganzes Jahr hindurch Arbeitsgelegenheit gehabt. Diese Statistik wird so lange weitergeführt, bis die des Verbandsvorstandes eingeleitet ist. Vom Vorsitzenden wurde noch darauf hingewiesen, daß die nächste Versammlung am 4. April stattfindet. Nach der Versammlung findet ein Sommers fest aus Anlaß des 40-jährigen Verbandsjubiläums des Kollegen Otto Witzow.

Darmstadt. (Bezirksmaschinenmeßverein.) Am 7. März fand unsere Generalversammlung, verbunden mit Druckmaschinenstellung und Vortrag, statt; sie war leider schwach besucht. Der Vortrag konnte wegen Verhinderung des Referenten nicht gehalten werden und wurde bis zur nächsten Versammlung verschoben. Vorsitzender Ernst ergänzte den gedruckt vorliegenden Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, daß es der Vorstand verstanden hat, auch im verfloffenen Vereinsjahre den Mitgliedern nur technisch Gutes zu bieten, was dankend anerkannt wurde. Den Kassenbericht erstattete Kollege Rühl. Der Bericht wurde gutgeheißen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus dem Berichte der Technischen Kommission war zu ersehen, daß im verfloffenen Jahre auch auf technischen Gebiete Fortschritte gemacht wurden. Der Gesamt-vorstand wurde per Akklamation wiedergewählt. Ebenso wurde die Technische Kommission, die auf drei Kollegen vermindert wurde, sowie die Revisoren wiedergewählt. Drei Kollegen mußten wegen chronischen Neflezens ausgeschieden werden. Der Beitrag wurde auf der alten Höhe belassen. Der Vorsitzende gab noch ein Rund-schreiben der Zentralkommission betreffs des Besuchs der Ausstellung in Leipzig bekannt und forderte zu zahlreicher Beteiligung auf, darauf aufmerksam machend, daß schon bei zehn Mann Fahrpreismäßigung eintrete. Mit dem verfloffenen Jahre können wir zufrieden sein. Mit dem Appell an die Mitglieder, im neuen Vereinsjahre recht zahlreich die Versammlungen zu besuchen und sich alles für unrer Sache zu widmen, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Generalversammlung.

Effen. In der am 14. März abgehaltenen außer-ordentlichen Generalversammlung war es notwendig, die von der Januarversammlung übriggebliebene Statutenberatung zurückzustellen. Die Broschüre „Dokumente eines Sterbenden“ rief eine ausgedehnte Debatte hervor. Der Gutenbergbund hat hier mit seiner Unterstützung der Kohlischen Broschüre den Erfolg gehabt, zwei Verbands-mitglieder zu kapern. In Frage kommen Kollegen der Firma Tredebeul & Koenen, die schon immer zum Bande hinneigen und nun wohl glauben, den geeigneten Grund für ihren Übertritt gefunden zu haben. Vielleicht hat auch ein sanfter Druck von den Hintermännern des Bundes die Betroffenen zum Handeln veranlaßt. Einen weiten Raum der Verhandlungen nahm der Ausschlußantrag gegen das Mitglied Wilhelm Derichs in Anspruch. Derichs hat als Geschäftsführer der „Arbeiterzeitung“ sein Amt dazu mißbraucht, über einen früher bei ihm beschäftigten Kollegen wahrheitswidrige Auskünfte zu geben, wodurch es dem betreffenden Kollegen unmöglich gemacht wurde, weitere Engagements abzuschließen. Auf dem Wege des Zivil-prozesses wurde Derichs zur Unterlassung derartiger Aus-künfte und zur Ertragung der Kosten verurteilt. Dem An-trage des geschädigten Kollegen auf Ausschluß Derichs trat die Versammlung nach Kenntnisnahme des Sach-verhalts einstimmig bei. (Die Ausschlußherverfasser der „Arbeiterzeitung“ haben nach Entschneidung der Akten Derichs sofort seines Amtes enthoben.) Nach Wahl der Johanniskommision wurden dann der vorgerückten Zeit halber die übrigen Punkte der Tagesordnung verfaßt und die Versammlung geschlossen.

Gelsenkirchen. (Vierteljahrsbericht.) In der Jahres-hauptversammlung am 18. Januar wurde der bisherige Vorstand durch Zuruf wiedergewählt. Der Vorsitzende konnte in seinem Jahresbericht einen erfreulichen Auf-schwing des Ortsvereinslebens feststellen. Von allgemeiner Interesse ist noch die Gründung einer Zwangsinnung für das Buchdruckgewerbe, die auf Betreiben der „kleinern“ Prinzipale (die groben verfallen sich ablehnend) geschah. Wir stellen hierzu einen vierteljährigen „Gesellenauschub“. — Die Februarversammlung brachte uns einen hochinteressanten Vortrag des Vorsitzenden des Stelgervereines, Wetner, über: „Die Gefahren im Bergbau“. Mitnützend an das Grubenmitglied auf Jede „Minister Nebenbahn“ gab der Vortragende ein anschauliches Bild von den Arbeitern des Bergmanns, den vielen Gefahren, denen er dabei aus-gesetzt ist, und den Forderungen zu deren Verhütung.

Interessante Experimente, die das Entstehen schlagender Wetter zeigten, gaben ein Bild der Gewalt der Elemente, die in der Erde Schoß verborgen sind. Da wir mitten im „Kohlenpott“ sitzen, fand der Vortrag beste Aufnahme. — Ein großer Saal — leider nicht aus der erfreulichen Ursache — war der 15. März für den Ortsverein. Der starke Versammlungsbesuch war wohl dem Tagesordnungspunkte: „Verhättnis Nachlab, sein Selbstamtungsmitglied — und der Gutenbergsbund“, zuzuschreiben. Vorher hielt Genossenschaftssekretär Krollik (Eisen) einen Vortrag über: „Die sozialen Wirkungen des Fabrikalismus in England“, in dem er besonders ein anschauliches Bild des Lebens und Wirkens des größten englischen Philanthropen des 18. Jahrhunderts, Robert Owen, entwarf. — Dann folgte ein ausführliches erläuterndes Referat des Kollegen G. Reichenberger über die bezeichneten Vorgänge, die in den letzten Wochen bei uns eine so große Bewegung hervorgerufen. Die Aussprache fand ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Entschliebung.

K. Hildesheim. In der am 16. März abgehaltenen Ortsvereinsversammlung hielt Kollege Uberti (Sannover) einen Vortrag über: „Berufsentwicklung und die Notwendigkeit der beruflichen Fortbildung“. In seinen Ausführungen schilderte er den Entwicklungsgang unseres Berufs von einst und jetzt und forderte am Schlusse seines Vortrags die noch fernstehenden Kollegen — auch die ältern — auf, sich der Typographischen Vereinigung anzuschließen. Der starke Beifall war ein Beweis für das Interesse, das die Kollegen den interessanten Ausführungen entgegenbrachten. Anschließend daran gab Kollege Alkenhoff den Kartellbericht. Unter „Tariffikem“ wurde scharf Kritik über die Schmutzkonkurrenz seitens einiger kleinerer Druckereten geübt. Ferner wurde noch auf die besondere Beachtung der Bestimmungen für die Beihilfenseinstellung hingewiesen. Das Johannisfest wird am 4. und 5. Juli wie bisher gefeiert werden. Endlich nahm die Versammlung noch zur Verhättnis-Feststellung Angelegenheit Stellung. Zum Schlusse wurde auf die „Volksfürsorge“ aufmerksam gemacht. Anwesend waren 65 Mitglieder.

Nk. Staffel. (Vierjahresbericht.) In der Mitgliederversammlung im Januar fand ein Lichtbildervortrag über: „Moderne Ozeanreisen“ gute Aufnahme. — In der Februarversammlung hielt unser Redakteur G. Häring vom „Volksblatt“ einen äußerst interessanten Vortrag über: „Die Arbeitswilligen, das Sozialienrecht und seine Verächter“. — Ihre Frühjahrshauptversammlung fand am 15. März im großen Saale des „Hanau“ statt und erfreute sich eines außerordentlich guten Besuchs. Aus dem Bezirke waren anwesend die Kollegen von Allendorf, Hofgeismar, Melsungen und Wildungen. Mit dem Liede „Ich warte dein“, vorgetragen durch den Chor der „Typographia“, wurde die Versammlung eröffnet. Nach einer Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden Engelbach gedachte dieser in einer Ansprache des 25jährigen Verbandssubjubiläums unseres Kollegen Anas und überreichte ihm namens des Bezirksvereins unter den herzlichsten Glückwünschen zum Zeichen der Anerkennung eine schöne Tachenuhr nebst Widmung. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten durch den Vorsitzenden, wobei er nicht verstaumte, auf den nun beendeten Tarifkampf der österreichischen Kollegen hinzuweisen, mit der Warnung, bei Angeboten nach dort frohgem Vorlicht wachen zu lassen, erstattete er den Jahresbericht. Daran anschließend gab der Schriftführer den Bericht über den ungenügenden Versammlungsbesuch im verflochtenen Vereinsjahre. Hoffentlich wendet sich das im neuen Jahre zum Bessern. Der Vorstand hat alles getan, um die Versammlungen so interessant und lehrreich wie möglich zu gestalten, was ihm auch von den Diskussionsrednern zum Jahresbericht attestiert wurde. Es wird auch ferner versucht werden, den Versammlungsbesuch zu heben. Jedes einzelne Mitglied hat aber auch die Pflicht, die Säntigen heranzuholen. Nach Erstattung des Bibliotheksberichts wurde einem Antrag auf Bewilligung von 150 Mk. zugestimmt für deren Erweiterung. Die Benutzung durch die Mitglieder ist eine andauernd gute. Um den auswärtigen Bezirkskollegen die Benutzung der Bibliothek weiter zu erleichtern, wurde beschlossen, die Kosten für den Versand auf die Bezirksstelle zu übernehmen, bisher wurde nur die Hälfte gefragen. Einen breiten Raum in der Diskussion beanspruchte der Bericht des Schließenvorstandes im Tarifschiedsgericht über die Entschiede in einer Wiltung Angelegenheit. Der Rechenschaftsbericht für das vierte Quartal 1913, der gedruckt vorlag, wurde, nachdem der Kassierer einige Erläuterungen dazu gegeben, genehmigt. Der Tätigkeit des Vorstandes im abgelaufenen Vereinsjahre wurde Anerkennung und dem Kassierer Entlastung erteilt. Eine längere Aussprache zeitigte ein Antrag der Graphischen Vereinigung auf Bewilligung eines Zuschusses von 5 Mk. aus Bezirksmitteln an alle die Kollegen, die die Leipziger Buchgewerbeausstellung besuchen wollen. Der Antrag wurde schließlich mit Mehrheit angenommen. Die Entschiedungen des Vorstandes blieben in aller Höhe bestehen; nur in bezug auf den Reisekasseverwalter tritt eine Änderung insofern ein, als er in Zukunft für jegliche Ausstellung 10 Mk. erhält, bisher nur für Ausstellung von Legitimationen. Nach Aufstellung und Genehmigung der Vorschlagsliste zur Vorstandswahl schloß der Vorsitzende mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf unsern Verband die Versammlung gegen 4 $\frac{1}{2}$ Uhr. — Anschließend daran fand ein gemüthliches Beilammemmen mit Familien, verbunden mit einem Lichtbildervortrag über „Schweden“, statt, zu Ehren unseres Verbandssubjubiläums. Es nahm einen schönen, harmonischen Verlauf. — Im Laufe des Sommers findet von hier aus eine Ferienfahrt nach Hamburg-Helgoland statt, veranstaltet vom hiesigen Gewerkschaftskartelle.

Kattowiz. (D=Schl.). (Vierjahresbericht.) In der Februarversammlung wurde das Andenken des verstorbenen

Kollegen Mar Clemenga in üblicher Weise geehrt. Beschlossen wurde ferner, für den imaiten Kollegen Rüdters in Görlich eine Sammelliste in Umlauf zu setzen. — In der am 14. März abgehaltenen, gutbesuchten Monatsversammlung machte der Vorsitzende Mitteilung von der ab 6. April zu führenden Überstundenstatistik. Anschließend hieran wurde die Beihilfenseinstellung besprochen. Nach verschiedenen internen Mitteilungen hielt Arbeitersekretär Pacagna einen Vortrag über das Thema: „Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsnachweisfrage“. In seinen Ausführungen behandelte er eingehend diese drei wichtigen Fragen und hatte an den Kollegen ein aufmerksames Auditorium, das am Schlusse des interessanten Referats seinen Dank durch lauten Beifall ausdrückte. An den Vortrag schloß sich eine rege Diskussion. Hierauf wurde in längerer Debatte über die Kohlsche Broschüre diskutiert. Durch diese Broschüre werde dem Gutenbergsbunde nur Agitationsmaterial in die Hände gegeben, und fast alle hiesigen Verbandsmitglieder würden vom Gutenbergsbunde mit Flugblättern befüllt. Was das heißen will für rüchsfändige Gegenden, das kommt leider nicht allen Kollegen im übrigen Deutschland zum Bewußtsein. Sogar bis in die Wohnungen der Verbandsmitglieder haben sich die Bündler bemüht, um durch persönliche Rücksprache einen Fischlag zu machen. Auch werden die demnächst treuernden Beihilfenseinstellung schon sichtlich vom Gutenbergsbunde bearbeitet. Bis jetzt ist es ihnen aber noch nicht gelungen, ein Schächchen einzufangen. — Die nächste Bezirksversammlung findet im Mai in Caurahütte statt.

Kiel. In der am 17. März abgehaltenen, gutbesuchten Monatsversammlung wurde mitgeteilt, daß die nächste Bezirksversammlung am 3. Mai in Rensburg stattfinden. Zum Punkte „Gewerkschaftliches“ wurde berichtet, daß von dem dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften 30 mit etwa 19000 Mitgliedern für und 3 mit etwa 3000 Mitgliedern gegen die geplante Arbeitslosenversicherung gestimmt hätten. (Die Vorlage ist am 17. Februar von dem Staburordenkollegium angenommen, vom Magistrat aber mit geringer Majorität abgelehnt worden; durch die entstandene Meinungsverschiedenheit fiel dann die geplante Einführung.) Kollege Bauer hielt einen gut durchdachten Vortrag über: „Wirtschaftskrisen“, der in einen kräftigen Aufruf ausging, für Stärkung der gewerkschaftlichen Bewegung zu wirken. Zur Aufbringung der Mittel für eine in Aussicht genommene Erweiterung des hiesigen Gewerkschaftshauses gab die Versammlung ihre Zustimmung. Beim Punkte „Verchiedenes“ nahm die Mitgliedschaft Stellung zur Broschüre Kohl. Vom Gauverwalter Reefe wurde über eine am 18. Februar vorgenommene Prüfung der Gaukasse berichtet und der Richtigbefund bestätigt.

Leipzig. Am 1. April ist es dem Kollegen Franz Lufhardt vergönnt, auf eine 50jährige Berufstätigkeit als Schriftföher zurückblicken zu können. Kollege Lufhardt konditioniert seit dem Jahre 1893 in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“. Die offizielle Feier findet Sonntag, 19. April, im Restaurant „Harmonie“, Leipzig-Reudnitz, Rathhausstraße, statt.

B. Marienwerder. (Vierjahresbericht.) Die am 11. Januar stattgehabte Generalversammlung unseres Ortsvereins erfreute sich eines zahlreichen Besuchs. Bei der üblichen Begrüßung zum neuen Jahre gab der Vorsitzende dem Wunsch Ausdruck, daß der gute Versammlungsbesuch auch fernerhin bestehen bleiben möge. Nach Erstattung des Jahres- und Kassensberichts wurde zu den Wahlen geschritten. Der Vorstand wurde bis auf den stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt. — Am 1. Februar tagte an unserm Orte die Generalversammlung des Maschinenmeistervereins Westpreußen. Der Ortsverein begrüßte die auswärtigen Kollegen am Vorabend bei einem gemüthlichen Schoppen. — In der Monatsversammlung am 14. Februar gab der Vorsitzende u. a. einen Überblick über die Verhandlungen der letzten Gauwerksteherkonferenz, soweit sie für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Ferner wurde angeregt, die Vereinsbibliothek weiter zu vervollständigen. — In der Versammlung am 14. März wurde zunächst auf die Feier des 25jährigen Bestehens des Danziger Buchdruckergeringvereins während der Osterfertage hingewiesen und eine zahlreiche Beteiligung warm empfohlen. Hierauf sprach der Vorsitzende über den Tarifschluß in Osterreich, einzelne Punkte näher beleuchtend. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der Kohls-Broschüre „Dokumente eines Sterbenden“ und mit den aus diesem Anlasse verbredenen Anpöbelungen des „christlichen“ Jugendbundes. Mit einem Appell an die Kollegen, trotz aller Anfeindungen treu und fest zur Organisation zu stehen, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

In. Mühlheim (Rhein). In der Versammlung unseres Ortsvereins am 14. März hielt zweiter Gauvorsitzer Bertram (Köln) einen Vortrag mit folgendem Thema: „Gewerkschaftliche Lebensfragen“. Mit diesem überaus lehrreichen Vortrag entzete der Redner großen Beifall. Kollege Cremer zog nunmehr auf Grund eines den hiesigen Kollegen zu reichlichen Flugblattes der Bänder einen Vergleich zwischen den Unterrichtungseinrichtungen des Verbandes und des Gutenbergsbundes, der keinesfalls zugunsten des Bundes ausfiel. Darauf nahm man zu den „Dokumenten eines Sterbenden“ Stellung.

Bezirk Oldenburg. In die diesjährige Frühjahrsvorstellung fand am 15. März am Vororte statt. Nach Eröffnung der Tagung gedachte der Vorsitzende zunächst der Verstorbenen. Darauf wurde zu der Kohlschen Broschüre Stellung genommen. Nach Entgegennahme des im allgemeinen wenig Beifälliges bietenden Vorstandesberichts und der Rechnungsablage des Kassierers nahm Arbeitersekretär Kollege L. Waigand (Bremen) das Wort. Von dem Standpunkt ausgehend, daß für den denkenden Menschen nichts notwendiger ist als die Kenntnis der

wirtschaftlichen Vorgänge und ihre innere Zusammenhänge, wenn er keine Stellung zu den Tagesfragen bestimmen will, hatte der Referent zu seinem Vortrage das Thema „Die Konzentration des Kapitals und die Arbeiter“ gewählt. Der lebhafteste Beifall, der dem Referenten für seine großartig angelegten Ausführungen zuteil wurde, zeigte, wie sehr er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Man bestätigte damit, daß man gewillt war, seinem Wunsche, die Auswertung aus dem Gehörten zu ziehen, nachzukommen. Nachdem gelangten die vorliegenden Anträge zur Besprechung. Sie ergab die Annahme der Anträge und damit eine Statufänderung. Unter anderem wird die Herbstbezirksversammlung, die nach Bedarf einberufen wird, in Zukunft außerhalb Oldenburgs abgehalten. Bei der Vorstandswahl wurde den die Funktion des Vorstandes bisher ausübenden Kollegen (Kollegen Roth als Vorsitzender und Barr als Kassierer) wiederum für ein Jahr die Leitung des Bezirks übertragen. Den Schluß der sehr anregend verlaufenen Versammlung traf 1 $\frac{1}{2}$ Uhr ein. Erhienen waren vom Vororte 69, von Wilhelmshaven-Nürtingen 24, Becht 9, Delmenhorst 8, Varel 8, Sever 6, Brahe 4 und Kloppenburg 2 Kollegen; Westerstede und Berne waren mit je einem Kollegen vertreten.

F. Bezirk Weimar. Mit herzlichster Begrüßung der Erhienenen eröffnete Kollege Hartwig die am 15. März im „Volkshaus“ in Weimar abgehaltene, starkbesuchte Bezirksversammlung. Nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen erstatteten die Vorliegenden der Bezirksorte die Jahresberichte, denen sich der Kassensbericht des Kollegen Palm anschloß. Der korporative Besuch der Buchgewerbeausstellung in Leipzig würde auf den 15. und 16. August letztegeht. Jedes Mitglied erhält hierau aus Bezirksmitteln einen Zuschuß von 3 Mk. Die nächste Bezirksversammlung soll wiederum in Weimar stattfinden. Nachdem Stellung genommen war zur Kohlschen Broschüre, fand im Anschluß an die Versammlung im Hotel „Hohenzollern“ ein Lichtbildervortrag über die „Zugra“ durch Herrn Laube (Leipzig) statt.

Worms. Eine gutbesuchte Versammlung fand am 14. März statt. Nach einigen wichtigen geschäftlichen Mitteilungen wurde eine Neubearbeitung unserer Satungen vorgenommen sowie die Höhe und die Werteszeiten für den in der letzten Hauptversammlung beschlossenen Zuschuß zur Krankenunterstützung festgelegt. Es folgte ein kurzer Vortrag über die „Volksfürsorge“ vom Kollegen Stahl. Nach dem Kartellberichte wurde in eine Besprechung über die Kohlsche Broschüre eingetreten. Dem von Worms scheidenden früheren Vorsitzenden Braun widmete der Vorsitzende herzliche Abschiedsworte.

Zwickau. (Vierjahresbericht.) Am 18. Januar fand die Jahreshauptversammlung des Ortsvereins im „Rebeldere“ statt. Sie war von 147 Kollegen besucht. Die Mitgliederzahl ist im abgelaufenen Jahre auf 200 gestiegen. Der Versammlungsbesuch hat sich gehoben. — Die Versammlung am 7. Februar konnte sich ebenfalls eines guten Besuchs erfreuen. Sekretär Koch hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über: „Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung“. — Bei der Versammlung am 7. März war leider zu konstataren, daß die in der Generalversammlung beschlossene Aufhebung der Kontrolle sich in ungenügender Weise auf den Versammlungsbesuch bemerkbar machte, obwohl zu dieser ein sehr interessanter Vortrag des Chefredakteurs Friedrich über „Johann Gottlieb Fichte“ zur Tagesordnung stand. Als neues Agitationsmoment wurde die Abhaltung einer Buchdrucker-Tagungsversammlung beschlossen.

o o o o o Rundschau o o o o o

Meisterprüfungen. Die Meisterprüfung haben bestanden die Kollegen: P. Beck in Mainz, O. Graf, S. Haus, R. Seifert, M. Östling, K. Eichler, H. Rohland, J. Petri, W. Pfeiffer und F. Wittig in Ultenburg.

Vom Einflusse politischer Verhältnisse auf das Buchgewerbe. Gleich der Vieselfere Handelskammer, die den schlechtern Geschäftsgang für das Buchdruckergerbe im Jahre 1913 zu einem großen Teil auf die politischen Verhältnisse zurückführt, sieht auch die Handelskammer von Frankfurt a. M. in der Politik die Ursache für eine mehr oder weniger günstige Konjunktur im Buchdruckergerbe. In ihrem Jahresberichte für 1913 ist darüber folgendes zu lesen: „Die politische Unsicherheit ist im Laufe des Jahres wohl größerer Zuversicht auf Eintreten friedlicher Zustände gewichen, doch liegen die Befürchtungen auf neue Verwicklungen viele größere Firmen davon absehen, umfangreichere Reklameunternehmungen zu betreiben, wodurch dem Gewerbe Arbeit zugelassen wäre“.

Der heiratslustige Rekrut. Ein Strahburger Buchdrucker war bei der vorjährigen Musterung für dienftauslich erklärt worden und hatte den üblichen Urlaubsspaß erhalten, wonach er im Herbst einrückte sollte. Nun hatte der Kollege aber eine Braut, die, wie die „Frankfurter Nachrichten“ erzählen, bald geheiratet sein wollte. Darum ging er mit ihr nach Paris, ließ sich dort Frauen und lebte ein halbes Jahr in Frankreich. Dann schrieb er zu Anfang Februar an das Bezirkskommando Strahburg und fragte, wann er einzureisen habe. Das Kommando schrieb zurück, er solle sofort nach Deutschland kommen. Er fuhr auch gleich mit seiner Frau ab, aber an der Grenze wurde er von einem Gendarmen angehalten. Da er als Fahnenflüchtiger ausgedröben worden war, nahm ihn der Gendarm fest und die junge Frau mußte allein weiterreisen. Ihr Mann wurde dann dem 81. Regimente zu-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 37 — Leipzig, den 31. März 1914

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

geleitet und kam außerdem vor das Frankfurter Kriegsgericht. Da sich keine Angabe, er sei nur, um hetzen zu können, nach Frankreich gegangen, als wahr herausstellte, nahm das Kriegsgericht keine Fahnenflucht, sondern nur unerlaubte Entfernung an und erkaufte auf die geringste auflässige Strafe, nämlich 43 Tage Gefängnis.

Die Bibel der Blinden. Nach der „Vossischen Zeitung“ hat ein früherer englischer Seher, John Andrew Ford, der im Jahre 1875 erblindet ist, als erster eine englische Bibel in Blindenschrift hergestellt. Zu der Arbeit waren, wie berechnet wurde, 20 Millionen Kammerschläge erforderlich; der blinde Arbeiter hat zur Herstellung seines Werkes 30 Jahre gebraucht. Die Blindenbibel wird in 30 Bänden ausgegeben werden.

Streiks und Ausperrungen im Jahre 1913. Nach einer neuen veröffentlichten Statistik im „Reichsarbeitsblatt“ fanden im Jahre 1913 2127 Streiks in 8722 Betrieben statt, gegen 2510 Streiks in 7255 Betrieben während des Jahres 1912. Die Höchstzahl gleichzeitig streikender war 254206, gegen 406314 im Jahre 1912. Nur 328 (gegen 415 Streiks) hatten vollen Erfolg, 932 (gegen 1001) teilweisen und 867 (gegen 1094) keinen Erfolg. Ausperrungen wurden 338 zu Ende geführt, gegen 324, von denen 6587 (gegen 2558 Betriebe) mit 82566 (gegen 143907) Arbeitern betroffen wurden.

Ärzte und Krankenkassen. In Breslau ist es endlich zu einer Verständigung zwischen Ärzten und Krankenkassen gekommen; am 1. April wird der Friedensschluß, der den Ärzten außerordentlich günstig ist, perfekt sein. Die Zahl der Kassenärzte wird von 70 auf 100 erhöht, für die Spezialärzte völlig freie Arztwahl anerkannt und das Honorar der Kassenärzte auf 5 Mk. pro Jahr und Mitglied der Krankenkassen festgesetzt. Es kommen über 100000 Mitglieder in Betracht. Bezüglich der Kostenbedeutung für die Abfindung der „Nothelfer“ wurde gleichfalls ein Übereinkommen getroffen, das den Kassen erhebliche Opfer auferlegt; sie haben für diesen Zweck pro Jahr und Mitglied 5 Pf. und die Ärzte je 10 Pf. pro Jahr an die Zentralabfindungsstelle zu entrichten. — In Leipzig ist dagegen ein Konflikt zwischen den Ärzten und Krankenkassen in Sicht. Die Ärzte verlangen erhöhte Gänge für die Versicherten mit über 2000 Mk. Einkommen, und die Freiwilligversicherten mit über 2000 Mk. Einkommen sollen überhaupt von der ärztlichen Fürsorge durch die Kassen ausgeschlossen werden; sie sollen nur noch Anspruch auf Krankengeld haben, während Arzt und Apotheke auf ihre Privatrechnung fallen sollen. Außerdem wird eine Erhöhung des Pauschalhonorars von 750 Mk. auf 8 Mk. verlangt, was für die Leipziger Oriskrankenkasse eine Erhöhung der Ausgaben für Ärzte um rund 1500000 Mark jährlich bedeuten würde. Daß mit ihrer Stellungnahme gegen die höher bezahlten Freiwilligversicherten die Ärzte sich nur selbst schaden können, scheinen sie gar nicht einzusehen. Daß jene aber bei eventueller Annahme der ärztlichen Forderungen die Znanpruchnahme der Ärzte auf das denkbar Notwendigste beschränken würden, liegt doch greifbar nahe; wie überhaupt auch die ganze Kassenmitgliederschaft in diesem Falle für die Personen mit über 2000 Mk. Jahresnettoeinkommen bei Wegfall der Familienversicherung nur noch sehr wenig Wert hätte und in den meisten Fällen wohl gänzlich fallen gelassen würde.

Der Bergarbeiterverband im Jahre 1913. Vor einiger Zeit ging durch die unternehmerfreundliche Presse die Nachricht, daß der verhasste Verband der Bergarbeiter einen „gewaltigen Rückgang“ erlitten habe. Wer die Macht des Kapitals im Bergbau und seine struppellose Bekämpfung der Arbeiterorganisation kennt, der hätte jene Meldung schon als wahr hinnehmen dürfen. Und dies um so mehr, als gerade in den Bergbaureviere die gelbe und christliche Arbeiterzerpflücker besonders gepflegt wird. Wenn also in der Tat ein starker Rückgang der freien Gewerkschaft der Bergarbeiter eingetreten wäre, so hätte dies seine natürliche Erklärung gefunden und den Arbeiterfeinden noch lange keinen Anlaß zu ihrem überschweiflichen Jubel geboten. Nun bringt aber der Verband der Bergarbeiter seinen Kassenbericht für das vergangene Jahr heraus. Schon ist zu entnehmen, daß weder die Zechenherren noch ihre gelben und schwarzen Knechte besondere Ursache zur Freude haben. Die Einnahmen des Bergarbeiterverbandes bestiegen sich im Berichtsjahre — vom 1. Februar 1913 bis 31. Januar 1914 — auf 2078613 Mark. Davon entfielen auf Mitgliederbeiträge 1885700 Mark, die allerdings gegen das Jahr 1912 um 307802 Mark zurückgeblieben sind. Zum Teil läßt sich die Differenz damit erklären, daß in der lebhaften Bewegung, die dem großen Ruhrstreike 1912 vorausging, alle Anstrengungen zur Miltung gemacht und die ausstehenden Beitragsreste fast sämtlich hereingeholt wurden. 1913 waren dagegen wieder Restanten in größerer Zahl vorhanden, eine bedauerliche, aber unausbleibliche Nachwirkung des lebhaftesten Streiks von 1912. Der Einnahme von 2078613 Mk. steht eine Ausgabe von 1527792 Mk. gegenüber, so daß sich das Verbandsvermögen um 550821 Mark erhöhte; es beträgt insgesamt, einschließlich der Beitrags- und Oriskassenbestände, 3232357 Mk. Gegen welche Mächte der Bergarbeiterverband anzukämpfen hat,

ist aus seinen Ausgaben ersichtlich. Da fallen zunächst ins Auge die hohen Kosten für Rechtschutz, für Gerichts- und Anwaltskosten. Nicht weniger als 114715 Mk. brauchte er dazu, um seine Mitglieder in der Wahrnehmung ihrer Rechte als Arbeiter gegen das Kapital und die Versicherungsbureaukratie zu schützen. Trotz Arbeitermangel in der Hochkonjunktur war die Maßreglungswut der Bergherren noch so groß, daß zur Unterstützung ihrer Opfer 29707 Mk. aufgewendet werden mußten. Fast die gleiche Summe — 31812 Mk. — sind als Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt, womit der gegen Ende des Jahres einsetzenden Wirtschaftskrise ihr Tribut entrichtet wurde. An Krankenunterstützung sind 284011 Mk., an Sterbegeld 81499 Mk. ausgezahlt worden. Ganz von Streiks verdonkelt blieben die Bergarbeiter auch im Jahre 1913 nicht. 146498 Mk. hatte der Verband für Lohnkämpfe aufzuwenden, zwei Drittel dieser Summe allein in Oberschlesien. Wenn das Zechenkapital angeht, dieses Jahresabschlusses frohlocken will, so braucht das der Bergarbeiterverband nicht erst zu nehmen. Er hat seiner Kasse wiederum über eine halbe Million Mark zuführen können, so daß jetzt beinahe die gleiche Menge Munition vorhanden ist, wie vor dem letzten großen Kampfe. Durch dessen Fehlschlagen konnte die Verberkstraf der Organisation wohl vorübergehend gelähmt werden, am Ende sorgte aber das Scharfmachertum selbst dafür, daß sie gegenwärtig wieder zu neuem Leben erwacht ist.

Unternehmerkonzentration. Der deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, der auch den Betonbauarbeiterverband für Deutschland umfaßt, hat auf seiner in Eisenach tagenden Generalversammlung am 25. März, einstimmig den Beitritt zur Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände beschlossen. Durch den Beitritt dieses Verbandes, dessen Mitglieder rund 250000 Arbeiter beschäftigen, hat die Zentralorganisation der deutschen Arbeitgeberverbände eine weitere bedeutende Stärkung erfahren.

Terrorismus im „christlichen“ Lager. Wie wenig die „christlichen“ Arbeiterzerpflücker Ursache haben, nach Terrorismusfällen im Lager der freien Gewerkschaften zu schmökeln, weil sie in ihren eignen Reihen solche Vorkommnisse mehr als genug auf Lager haben, das bekräftigt wieder einmal die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ (Nr. 8) in einer „brüderlichen“ Polemik gegen das Berliner Organ der katholischen Facharbeiter, über deren Toleranz folgendes gesagt wird: „Der Verbandsrat 1907 beschloß, daß Vorstandsmitglieder, Vertrauensmänner oder Ordner keiner gegnerischen Organisation angehören dürfen. Der Beschluß richtet sich nur gegen die Zugehörigkeit zu den christlichen Gewerkschaften. Man hat Mitglieder, die lange Jahre dem Vereine treu gedient, aus dem Verein ausgeschlossen, nur weil sie Mitglieder der christlichen Gewerkschaften waren. Als bei der Polener Baurbeiterausperrung 1906 einige Facharbeiter nicht Streikbrecher spielen wollten und aus der Fachabteilung ausstrafen, ist ihnen von oben herab geschrieen worden, sie sollten sofort aus der christlichen Gewerkschaft austreten und die Bücher zurückverlangen. Im Vereine würde kein christlicher Gewerkschaftler geduldet. So hat man's im Norden getrieben, in Schlesien, und im Westen im Saarreviere. Was Wunder, wenn diejenigen katholischen Arbeiter, denen man den Beitritt in katholische Arbeitervereine „Sich Berlin“ nicht gestatte, und die doch das Bedürfnis nach ihrem katholischen Standesvereine fühlten, verlusten, diesen Terrorismus zu brechen!“

Notleidende Handwerksmeister. Gelegentlich der vor längerer Zeit vom Münchner Gemeindevorstand beschlossenen Unterstützung von Arbeitslosen wurde auch gleichzeitig die Summe von 10000 Mk. zur Unterstützung notleidender Handwerker bewilligt. Die Verteilung dieser Summe hat aber außerordentliche Schwierigkeiten verursacht. Denn der Bund deutscher Dekorationsmaler in München teilte dieser Tage zur Beleuchtung einzelner Gesuche „notleidender Handwerksmeister“ um einen Zuschuß aus den bewilligten künftlichen Mitteln der Öffentlichkeit mit, daß sich darunter „ein Hofmaler, Haus- und Grundstücksbesitzer, Meister, die selbst Automobile besitzen, Meister, die selbst eine Säge besitzen, solche, die auf die Jagd gehen, sowie eine große Anzahl sehr gutstufierter Malermeister“ befinden.

„Bist Du besoffen? — wenn nicht, so schreibe nach unserm Katalog mit ermäßigten Preisen“ usw. — Im Jahrbuch des „Inland Printer“ findet sich auf Seite 845 eine Anzeige, die mit obiger Frage in deutscher Sprache beginnt. Der übrige Text ist Englisch. Die Heimat dieser sonst angelegenen Fachzeitschrift ist — Amerika! Dies nebenbei als Entschuldigung.

Soziale Gesichtspunkte bei der Einkommensteuer. Die neue österreichische Einkommensteuerordnung stellt eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums von 1200 auf 1600 Kr. vor. Die frühere Untergrenze von 1200 Kr. war im Jahre 1896 festgelegt worden. Die inzwischen eingetretene Veresterung aller Lebensbedürfnisse und der Rückgang des Geldwertes wurden als Bedingung dieser Erhöhung der Grenze des Existenzminimums anerkannt, insbesondere auch deshalb, weil inzwischen die indirekten Verbrauchsabgaben auf Zucker, Bier und Petroleum sowie

die Zölle und Verbrauchssteuern gesteigert worden sind, d. h. jene Abgaben, die gerade die Minderbemittelten verhältnismäßig viel schwerer treffen als die Wohlhabenden. Diese Erhöhung der Steuerfreiheitsgrenze bringt nach vorläufiger Berechnung von insgesamt 150 Millionen Mark Einkommensteuerertrag nur einen Ausfall von etwa 5 Millionen Mark.

Geheißliche Sicherung des Arbeitsvertrags in Frankreich. Entsprechend einer Zusage seines Vorgängers hat der französische Arbeitsminister jetzt eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet über die willkürliche Aufhebung des Arbeitsvertrags. Das wurde hauptsächlich beschleunigt durch die fortwährenden Maßreglungen, die in der letzten Zeit bei der Pariser Untergrundbahn vorkamen. Nach diesem Entwurf sollen solche Bestimmungen des Arbeitsvertrags als null und nichtig gelten, welche dem einen oder dem andern Teile derartige Bedingungen auferlegen, die in flagrantem Gegensatz zu dem Werte des eingegangenen Vertrags stehen. Das Gesetz will die Meinungs- und Glaubensfreiheit wie überhaupt die persönliche Freiheit der Vertragsschließenden schützen. Die Gerichte sollen darüber zu entscheiden haben, ob infolge mißbräuchlicher Aufhebung des Arbeitsvertrags dem geschädigten Teil ein Schadenersatz zusteht, und ist der andre Teil verpflichtet, die Gründe für die Beendigung des Arbeitsvertrags anzugeben. Als mißbräuchliche Benutzung des Rechts, den Arbeitsvertrag aufzuheben, soll besonders jeder Grund angenommen werden, der der Miachtung des einen oder des andern Vertragsschließenden entspringt.

Statistik der Lebensmittelpreise. Wie im vorigen Jahre, so hat die Entwicklung der Lebensmittelpreise in Deutschland vom Januar zum Februar erfreulicherweise eine absteigende Tendenz angenommen. Nach den „Monatlichen Übersichten über Lebensmittelpreise“, die schon seit mehreren Jahren in einheitlicher und zuverlässiger Weise im wirtschaftsstatistischen Bureau von Richard Calmer nach Berichten von annähernd 200 deutschen Städten in allen Gebieten des Deutschen Reichs zusammengestellt und bearbeitet werden, sind die Kosten für den Nahrungsmittelverbrauch einer vierköpfigen Arbeiterfamilie, deren materielle Bestandteile in unserer volkswirtschaftlichen Jahresübersicht in Nr. 4 des laufenden Jahrganges verzeichnet sind, im Februar 1914 im Reichsdurchschnitt von 25,57 Mk. im Januar 1914 auf 25,29 Mk. zurückgegangen. Für die einzelnen Monate der Jahre 1912—1914, also seit Beginn der laufenden Tarifperiode in unserm Gewerbe, ergeben sich folgende Ziffern in Mark:

	1912	1913	1914	Veränderung seit 1912
Januar . . .	24,69	26,01	25,57	+ 3,0 Proz.
Februar . . .	24,83	25,86	25,29	+ 1,4 „
März . . .	25,18	25,83	—	—
April . . .	25,74	25,61	—	—
Mai . . .	25,52	25,43	—	—
Juni . . .	25,85	25,35	—	—
Juli . . .	26,10	25,88	—	—
August . . .	26,66	25,83	—	—
September . . .	26,63	25,78	—	—
Oktober . . .	26,26	25,73	—	—
November . . .	26,08	25,58	—	—
Dezember . . .	26,03	25,46	—	—
Jahresdurchschnitt	25,80	25,69	—	—

Es sind danach die Kosten für die wöchentlich benötigten Lebensmittel einer vierköpfigen Arbeiterfamilie nach dem Maßstab einer dreifachen Marinofleischration im Februar d. S. um 0,57 Mk. oder um 2,2 Proz. geringer als im gleichen Monate des vorigen Jahres, inwieweit aber noch 1,4 Proz. höher als im Februar 1912 gewesen. Gegen den Februar 1911 beträgt die Steigerung in diesem Jahre sogar noch 1,68 Mk. oder 7,1 Proz.

Verschiedene Eingänge.

„Technische Mitteilungen.“ Herausgegeben von der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands, Nr. 2, vierter Jahrgang. Inhalt: Der Ofset- und Tiefdruck. — Die Entwicklungsfähigkeit des Buchdrucks. — Illustrationsdruck. — Ansbach. — Technische Anfragen. — Alle Zusendungen sind an G. Dörband in Reisköln, Weierstraße 131 II, zu richten. „Viktoria.“ Technische Mitteilungen aus dem graphischen Gewerbe. Herausgegeben von Rodtstroß & Schneider in Dresden-Feidtenau. Heft 1. 13. Jahrgang. 1914.

Briefkasten.

Nach Kattowitz: Der Bericht des Maschinenmeistervereins traf mit so erheblicher Verspätung ein, daß er nicht mehr veröffentlicht werden kann. — F. S. in L.-R.: Ein Muster der „vergoldeten Uhrketten“ wurde uns schon von anderer Seite vorgelegt, worauf wir sofort öffentlich dagegen Stellung genommen haben. Da Ihr Urteil sich mit dem untrigen vollständig deckt, können wir es ja bei der ersten Warnung bewenden lassen. Wer nach dieser Notiz noch auf solche „Geschäfte“ hereinfällt, dem kann auch eine zweite Warnung nicht mehr helfen. Im übrigen besten Dank für das wohlgemeinte Entschreiben. — L. D. in Schwerin: Die gewünschten Pakete usw. geben Ihnen noch zu. Die Propagandaabteilung ist gegenwärtig mit dem Verlande beschäftigt. — W. A. in D.: Sind damit einverstanden; Sie hoffentlich mit der Erledigung der Sache durch uns ebenfalls. — A. S. in R.: Der von Ihnen Gemeinte kommt absolut nicht in Frage. Weiteres erübrigt sich dadurch. Für gest. Mitteilungen aber sehr Dank! — G. M. in B.: Wie Sie leben, in dieser Nummer ohne direkte Benennung erwähnt. — L. St. in E.: Mehr kann man nicht gut verlangen an Unselbstständigkeit. Gruß! — B. G. in M.: Das ist ja eine schreckliche Fälschung des Fuchschlusses. Von einer Berichtigung sehen Sie nur ruhig ab.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Sprechstunde: Ami Kurfürst, Nr. 1191.

Bezirk Vörrach. (Resultat der Delegiertenwahl zum Gantag in Vörrach.) Unger (Vörrach), Kallenbach (Schoppehm), Gangel (Waldbühl), Heuser (Vörrach), Zeißler (Vörrach), Weidner (Mühlheim). Die gesperrt gedruckten Namen sind die der Gewählten.

Erfurt. Der Drucker Otto Voges, zuletzt in Eisenach in Stellung, wird gebeten, seine Adresse umgehend an den Schiedsgerichtsvorstand H. Emlig, Muenstraße 29, gelangen zu lassen, zwecks Zustellung eines Geldbetrags.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):

Im Gau Bayern der Maschinenlehre Hans Adolf Otto, geb. in Posen 1885, ausgel. dal. 1903; war schon Mitglied; 2. der Refraktionsmaschinenmeister Ferdinand Biechl, geb. in München 1876, ausgel. dal. 1913; war noch nicht Mitglied. — Joseph Selb in München, Holzstraße 24 I.

Adressenveränderungen.

Burgstädt i. Sa. Vorsitzender: Karl Reinhardt, Marienberg 3 II.
Gotha. (Ort und Bezirk.) Vorsitzender: A. Ertzböser, Dittstraße 15.

Arbeitslofenunterstützung.

Hauptverwaltung. Der zurzeit als Ausgesteuerter auf der Reise befindliche Drucker Oswald Kullus aus Berlin (Hauptbuchnummer 47600) wurde gemäß § 11 b ausgeschrieben. Wir bitten, ihm im Vorzeigungsfalle das Quittungsbuch abzunehmen und letzteres an die Hauptverwaltung einzuliefern.

Berammlungskalender.

Burg b. M. Versammlung Sonnabend, den 4. April, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.
Erfurt. Versammlung Sonnabend, den 4. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Lokal“.
Seltbronn. Außerordentliche Versammlung Freitag, den 3. April, abends 7 1/2 Uhr, im Gasthause „Zur Role“.
Tübingen. Außerordentliche Versammlung Dienstag, den 7. April, abends 7 1/2 Uhr, im „Hanskarle“.
Ulm a. D. Außerordentliche Versammlung Mittwoch, den 8. April, abends 7 1/2 Uhr, im „Bayerischen Hof“ in Reutlm.
Weimar. Versammlung Freitag, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshause“.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
Briefadresse: z. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

Fünftehnter Nachtrag

zum Vergleichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1913.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

I. Kreis.

Bremen: Mariens, S.

II. Kreis.

Duisburg-Meiderich: Grafmann, Johs.
Lübbecke: Hammernann, Karl.
Sülzich: Mallins, Fr.

III. Kreis.

Bingen a. Rh.: Auerbach & Braun.
Gernsheim (Hessen): Gutzjahr, Jean.
Hofgeismar: Buch- und Kunstdruckerei Hofgeismar, G. m. b. H.

IV. Kreis.
Waiblingen: Effele, Wilhelm.
V. Kreis.
München: Hammerhuber, Wilhelm.
Würzburg: Deuffner Verlag für Technik und Industrie, G. m. b. H.
VII. Kreis.
Dresden: Feuerstein, W. S.
Leipzig: Spiegel, Georg.
VIII. Kreis.
Berlin: Buchdruckerei Ferdinand, vorm. A. Köhler; Philippen, Martin.
IX. Kreis.
Publitz (O.-Schl.): Kolano, C. (Inb. Georg Kolano), Streblen i. Schl.: „Strehlener Zeitung“ (Sulius Leichter).

X. Kreis.
Altona: Carstens, C. F.
XI. Kreis.
Dranienburg: Druckerei Roewenthal, G. m. b. H.
XII. Kreis.
Allenstein: Goldau, H., vorm. Rudolf Budau.
Wronke: „Wronker Neuzeit Nachrichten“ (C. Beuke).

Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Buchdruckereien gestrichen wurden die Firmen:
Kreis XI: Paul Gsch in Heegermühle.

Bekanntmachungen.

Beschwerdeämter betreffend.
München. Vorsitzender: Direktor Gustav Wrmann, i. Ga. F. Bruckmann, Goethestraße 12 I.

Schiedsgerichte betreffend.
Berlin. Gehilfenvorstand: Hermann Schlessler, SO 16, Engelauer 15 I.
Stuttgart. Gehilfenvorstand: Eugen Wendel, Hauptstätterstraße 115 A IV.

Arbeitsnachweise betreffend.
Meb. Verwalter: Joseph Heinemann, Pariser Straße 5.

Halle a. S.: Der Maschinenmeister Oskar Grampler, früher in Ilmenau, dann in Gummersbach (Rhld.) in Stellung, wird ersucht, seine Adresse dem Gehilfenvorstand des Schiedsgerichts Halle a. S. (E. Eichler, Mansfelder Straße 10) mitzuteilen. Die Herren Funktionäre werden gebeten, bei Ermittlung des Genannten beihilflich zu sein.
Berlin, den 23. März 1914.

Franz Grande, R. S. Giesche,
Prinzipalvorstand. Gehilfenvorstand.
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Zentrale für den Programmaustausch der Buchdrucker-Gezangvereine

Adresse: Walter Külller, Leipzig, Mollkestraße 59

Die angeschlossenen Vereine und solche, welche am Austausch teilnehmen wollen, werden ersucht, ihre Programme bis Ostern an obige Adresse zu senden. Gleichzeitig wollen die Vereine, die mit ihrem Beitrage zu den Verwaltungsunkosten noch im Rückstande sind, das Veräumte bis dahin nachholen, da Pfingsten in Dresden Abrechnung gegeben werden muß.

Viktoria-Ziegeldruckpresse

35x52 cm, mit vier Walzen, Schneidemaschine (Krause) 78 cm, Mailänder Zylinderdruckmaschine 36x56 cm billig. [411]
Alexander Grube, Leipzig, Talstraße 4.

Züchtiger

Messinglinienhobler

findet dauernde Beschäftigung in der h. u. k. Hofschreiberei Karl Brendler & Söhne, Wien VI, Millergasse 23.

Rhotypsetzer, 12jährige Praxis, verb., sucht in München dauernde Stellung. Prima Zeugnisse u. Ref. Off. unt. Nr. 359 an die Geschäftsst. die. Bl. erb.



Teilzahlung Uhren und Goldwaren, Photo-, optische Artikel, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren, Zithern usw.

Kataloge gratis und franko liefern
BERLIN A. 407
Jonass & Co. Belle-Alliancestr. 3

Züchtiger
Papierstecher u. -zähler
vorbeifahrt, sucht dauernde Stellung. Werke Off. unter S. 445 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbelen.

Bezirk Chemnitz

Sonntag, den 19. April: [443]

Bezirksversammlung

Buchdruckmaschinenmeisterverein zu Dresden Begründet 1868
Sonntag, den 5. April, vormittags 11 Uhr:

Monatsversammlung

in großer Saale des „Volkshauses“, Rihenbergstraße. Wichtige Tagesordnung, den Antrag betreffend. [446]
Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Niederlafel „Gutenbergs“ von 1877 = Hamburg-Altona = Achtung Sänger!

Mensitag, den 31. März und 7. April: Extraräubung
451] Der Vorstand.

10 verschiedene Mhlhefte 10 verschiedene verschiedene Einzelzellen empfiehlt [441] Graphische Verlagsanstalt, Halle a. S.

Mhlen und Pinzetten, Werkzeuge für Zonblauen empfiehlt St. Siegt, München 2, Zolsstraße 7. Katalog gratis. [624]

Ortsverein „Typographia“ Schwerin

(N. d. D. B.)

(1864—1914)

Am 25. und 26. April d. J. feiert die Schweriner Mitgliedschaft ihre

fünfzigjährige Jubelfeier

bestehend in:

Sonnabend, den 25. April, abends 8 Uhr: Familienkammers im Lokale der „Tonhalle“.

Sonntag, den 26. April, morgens 9 Uhr: Besichtigung der größten Druckereien und Sehenswürdigkeiten der Stadt. Morgens 11 Uhr: Festversammlung in der „Thalia“, Festredner: Zweiter Verbandsvorsitzender Kollege P. Grabmann (Berlin). Mittags 1 Uhr: Gemeinschaftliche Mittagstafel (Gedeck 1,50 Mk.) in der „Tonhalle“. Nachmittags 4 Uhr: Jubiläumsfeier mit Ball in der „Tonhalle“.

Alle Kollegen, die früher zu dem Verein in Beziehungen standen, sind herzlich zu dieser Feier eingeladen.

Anmeldungen bitten wir unter Angabe der Ankunftszeit bis zum 10. April an den Kollegen O. Wille, Seestraße 30, zu richten. Für Unterkunft wird gesorgt.
Der Vorstand.



Friedrichstr. 9 Leipzig Friedrichstr. 9
Empfehle laubere Rollen von 50 Pf. an.
Paul Medam, alter Verkehrschrift.

Ich zahle 3 Mark

jedem Monat an die Firma
C. S. Otto & Co.
Verlagsbuchhandlung, Berlin-Schöneberg, und bestelle für den Monatspreis von 40 Mk. eine vollständige Klafferbibliothek in 25 eleg. roten Ganzleinenbänden gebunden. (Jeder Band 18 cm hoch, 12 1/2 cm breit, 3-4 cm stark). Schiller 4 Bde., Goethe 4 Bde., Lessing 3 Bde., Körner 1 Bd., Faust 2 Bde., Renan 1 Bd., Meiß 1 Bd., Myland 1 Bd., Shakespeare 4 Bde., Heine 4 Bde. Dieses Inzertal wolle man der Firma C. S. Otto & Co., Berlin-Schöneberg, Martin-Luther-Straße 63, mit genauer Adresse des Bestellers einleiten.

Am 25. März verstarb nach langen Leiden unter werter Kollege, der Buchdruckerlehrling
[449]
Wilhelm Strohwig
im 49. Lebensjahre. Möge ihm die Erde leicht sein.
Das Personal der Trippischen Offizin, Leopoldshaus-Sträßchen.

Am Donnerstag, dem 26. März, verschied nach langem Leiden an der Berufskrankheit der Seeherrleinpreur
[450]
Friedrich Kunig
im 21. Lebensjahre. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Ortsverein Nebenberber.

Der Gesamtanlage der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Firma Baur & Co. in Berlin bei, worauf wir unsere Leser noch besonders aufmerksam machen.